RC - BULLETIN

VI/1969

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e. V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75/76 Rp Berlin West 1941 86

Redaktion:
Hartwig Marx / Gudrun Neufert
Matthias Pfüller /Sigi Stecher

Den 3.

Inhaltsverzeichnis

I. Ordentliche Mitgliederversammlung 1969

1. Protokoll
2. Rechenschaftsbericht des Vorstandes (Ulrich K. Preuß)
3. Finanzbericht

II. Zur Diskussion

1. Rede vom 4. März 1969 von Jörg Huffschmid
2. "Grundsätze der Strategie" von Rudi Keller
3. "Distanzierung" von Dieter Wederpohl

III. Aus den Arbeitskreisen

Berufsbasisgruppe Regionalplanung

IV. Veranstaltungskalender

I. Ordentliche Mitgliederversammlung 1969

1. Protokoll

der 3. ordentlichen Mitgliederversammlung des Republikanischen Clubs Berlin am 26. März 1969

Wahl der Diskussionsleitung

Die Versammlung wählte als Diskussionsleiter: Knut Nevermann, Bernd Jansen und H.-J. Seidel.

Jahresbericht des Vorstandes

Ulrich K. Preuß trägt den Rechenschaftsbericht des Vorstandes vor.

Finanzbericht

Der Finanzbericht liegt schriftlich vor. Peter Sörgel für das Sekretariat und Frau Seidel für die Revisoren geben mündlich zusätzliche Erläuterungen und beantworten Fragen.
Es werden folgende, über den Rahmen des Finanzberichts hinausgehende Angaben gemacht:
a) Sonstige Forderungen des RC e.V. per 28.2.69 ca. DM 5.000,-
b) Verbindlichkeiten des RC e.V. per 28.2.69
   1. Zurückzuzahlende Darlehen ca. DM 4.000,--
   2. Verbindlichkeiten für Büromaterial, Zeitungen, Broschürendruck, Steuerberater etc. ca. DM 5.000,--.

Diskussion des Jahresberichts und des Finanzberichts.

Entlastung des Vorstandes

Der Vorstand wird bei ca. 15 Gegenstimmen entlastet.

Anträge

1. Antrag auf Änderung des § 11 der Satzung (s. RC-Bulletin Nr. V/1969 vom 12. März 1969)
   Der Antrag wird bei 4 Gegenstimmen angenommen.
2. Antrag auf Änderung des § 9 der Satzung (s. RC-Bulletin V/1969 vom 12. März 1969)
   Abänderungsantrag Kleinert zu § 9, Abs. 4 der Satzung: Der zweite Halbsatz des zweiten Satzes soll folgenden Wortlaut erhalten: "... gewählt sind die Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten."
3. Abstimmung: Der Abänderungsantrag Kleinert wird mit großer Mehrheit abgelehnt.
   Der Antrag des Vorstandes (s. Punkt 2) wird bei 105 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen in offener Abstimmung abgelehnt. Wegen des knappen Stimmenverhältnisses wird die Abstimmung über den vorliegenden Änderungsantrag des Vorstandes zu § 9 der Satzung schriftlich wiederholt:
   Der Antrag wird bei 107 Ja-Stimmen, 57 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abermals abgelehnt.

Wahl des 1. Vorsitzenden

Von den vorgeschlagenen Kandidaten nimmt nur Martin Schmidt die Kandidatur an.
Der Kandidat stellt sich vor und beantwortet Fragen. Es wird eine Neueröffnung der Kandidatenliste beantragt; alle zusätzlich Vorgeschlagenen lehnen die Kandidatur ab.
Martin Schmidt wird mit 126 gegen 26 Stimmen bei 17 Enthaltungen und 2 ungültigen Stimmen in geheimer Abstimmung zum 1. Vorsitzenden des RC Berlin gewählt.

Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder

Die vorliegende Kandidatenliste - siehe Informationsbrief XXII - wird erweitert. Die Kandidaten stellen sich vor und beantworten Fragen.

Wahlgang I

Es werden insgesamt 179 Stimmzettel abgegeben. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Klaus Ehrler	- 80 Stimmen	Solveig Ehrler	- 93 Stimmen
Christian Gleie	- 26 Stimmen	Niels Kadritzke	- 127 Stimmen
Rudi Keller	- 29 Stimmen	Michel R. Lang	- 39 Stimmen
Werner Lemisz	- Stimmen	Randolf Lochmann	- 92 Stimmen
Horst Mahler	- 105 Stimmen	Hartwig Marx	- 46 Stimmen
Dirk Müller	- 76 Stimmen	Matthias Pfüller	- 85 Stimmen
Hermann v. Rohde	- 65 Stimmen	Rudi Schmidt	- 86 Stimmen
Hannes Schwenger	- 79 Stimmen	Peter Sörgel	- 100 Stimmen
Georg Tarrach	- 46 Stimmen		

Damit sind im 1. Wahlgang folgende Kandidaten gewählt:
Solveig Ehrler / Niels Kadritzke / Randolph Lochmann / Horst Mahler / Peter Sörgel.

Wahlgang II

Folgende Kandidaten ziehen ihre Kandidatur zurück:
Hermann von Rohde / Christian Gleie / Rudi Keller / Michel Lang / Werner Lemisz.

Es werden insgesamt 169 Stimmzettel abgegeben. Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Klaus Ehrler	- 67 Stimmen	Hartwig Marx	- 24 Stimmen
Dirk Müller	- 77 Stimmen	Matthias Pfüller	- 87 Stimmen
Rudi Schmidt	- 80 Stimmen	Hannes Schwenger	- 72 Stimmen
Georg Tarrach	- 40 Stimmen		

Damit ist Matthias Pfüller im 2. Wahlgang als 6. Kandidat gewählt.

Wahlgang III

Hartwig Marx zieht seine Kandidatur zurück.
Es werden 147 Stimmzettel abgegeben, davon ist ein Stimmzettel ungültig.
Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Klaus Ehrler	- 30 Stimmen	Dirk Müller	- 69 Stimmen
Rudi Schmidt	- 79 Stimmen	Hannes Schwenger	- 56 Stimmen
Georg Tarrach	- 29 Stimmen		

Damit sind als 7. bzw. 8. Kandidat Dirk Müller und Rudi Schmidt zu Vorstandsmitgliedern gewählt.

Wahl der Revisoren

Von den Vorgeschlagenen nehmen Barbara Agnoli, Hermann von Rohde und Otto Steiger die Kandidatur an. Sie werden durch Akklamation gewählt.

H.-J. Seidel

Berichtigung von Seite 2 (Wahlgang I)

Werner Lemisz erhielt 17 Stimmen.

2. Politischer Rechenschaftsbericht des Vorstandes

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß es sich bei der Niederschrift dieses Rechenschaftsberichts nicht um eine wortwörtliche Abschrift der Tonbandaufzeichnung handelt, da durch ein technisches Versehen das Band während der Mitgliederversammlung ausgeschaltet wurde, das heißt, daß zwar das Tonband während der Mitgliederversammlung lief, jedoch das Verbindungskabel zum Mikrophon von irgendeinem Diskussionsteilnehmer, der vermutlich über die Kabel gestolpert ist, rausgerissen wurde.

Von Herrn Preuß liegt uns jedoch ein vollständiges Manuskript dieser Rede vor:

"Die Mitgliederversammlung eines bürgerlich-rechtlichen Vereins, wie es der Republikanische Club e.V. ist, hat die Aufgabe, als oberstes Beschlußorgan des Verbandes die inneren Angelegenheiten des Vereins zu regeln und den anderen Organen Richtlinien für die Verbandspolitik zu erteilen. Um die damit verbundenen notwendigen Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können, hat sie daher zuallererst den Anspruch auf Rechenschaft für das, was in dem vergangenen Vorstandsjahr im Verein vorgegangen ist. Der Rechenschaftsbericht müßte daher mit der Darstellung der inneren Entwicklung des Vereins beginnen, insbesondere über die Entwicklung des Mitgliederstandes und die Maßnahmen berichten, die zur

Erfüllung des satzungsmäßigen Vereinszwecks vom Vorstand und anderen Organen ergriffen worden sind.
Ein normaler bürgerlicher Verein setzt eine nach außen hin klar abgegrenzte interne Vereinssphäre voraus, innerhalb derer der Vorstand seine demokratische Legitimation aus der Mitgliederversammlung herleitet.

Insbesondere im Verlauf der letzten Monate hat sich gezeigt, daß der Republikanische Club nur noch in einem sehr eingeschränkten Maße eine jederzeit nach außen unterscheidbare innere Verbandssphäre hat. Der Vorstand wird zwar von der Mitgliederversammlung gewählt und empfängt insofern von ihr seine formale Legitimation, aber es hat sich gezeigt, daß er ein gut Teil politischer Legitimation und vor allem auch Aufgaben von jenem Gebilde empfängt, das Außerparlamentarische Opposition genannt wird. Jedermann weiß, daß dieses Gebilde ein fast unorganisierter und in den Randzonen unscharf werdender Bereich ist, dessen Legitimationskraft gleichwohl so stark ist, daß auch feste Organisationen in ihm ihre Konturen zu verlieren drohen. Dieses Verwischen der Konturen zwischen vereinsinterner Öffentlichkeit und schwach organisierter Außerparlamentarischer Opposition betrifft nicht nur den Vorstand. Auch die Mitgliederversammlung des Republikanischen Clubs hat faktisch nicht jene Autonomie, die ihr nach der Satzung eigentlich zukommt. Der politische Druck, der vor allem in den letzten Monaten zuweilen auf den Vorstand ausgeübt wurde, kam nicht einmal in erster Linie von der Mitgliederversammlung, sondern von teils innerhalb, teils außerhalb des Clubs organisierten pressure-groups und Einzelpersonen, deren politischer Einfluß gar nicht aus ihrer Tätigkeit im Verein herrührte. So konnte es nicht wunder nehmen, daß diese Gruppen und Personen in den Mitgliederversammlungen teilweise gar nicht anwesend waren, gleichwohl aber einen nicht zu unterschätzenden politischen Einfluß ausübten. Mit diesen allgemeinen Feststellungen soll gezeigt werden, wie sehr der Republikanische Club von seiner ursprünglichen Konstruktion als Zentrum linksbürgerlicher Geselligkeit und Diskussion mittlerweile abgewichen ist.

Im Verlaufe des vergangenen Jahres ist so ziemlich jedermann klargeworden, daß die alte Konzeption des Clubs als Diskussionszentrum der Linken durch die Ereignisse seit dem 2. Juni 1967 obsolet geworden ist. Noch nach dem 2. Juni 1967 blieb das Problem, dem Club eine neue politische Konzeption und auch eine neue innere Struktur zu geben, verdeckt, weil eine Phase massenhafter Aufklärung und Erzeugung kritischen Bewußtseins eingesetzt hatte, die mit der ursprünglichen Konzeption noch äußerst verwandt war.

Diese Phase der Mobilisierung kritischen Bewußtseins fand am 2. Mai des vorigen Jahres ein rapides Ende. Es zeigte sich sehr schnell, daß allein die Demonstration von Kritik die kritisierten Verhältnisse keineswegs veränderte und daß vor allem spontane Versammlungen keinesfalls einen konsistenten und stabilisierten politischen Zusammenhang herzustellen vermochten. Während die Lösung dieses Problems außerhalb des Clubs durch die Gründung von Basisgruppen in Angriff genommen wurde, wurde es im Club, aber präziser im Clubvorstand erst im Herbst 1968 realisiert.

Noch die Notstandskampagne im Mai und Juni 1968 wurde, gemeinsam mit anderen Gruppen, im Stil relativ abstrakter und zentraler Kampagnen geführt, wobei der Zug vor die Werktore im Wedding nicht ohne skurrile Erfahrungen ausblieb, die die Folge mangelnder theoretischer Arbeit waren.

Noch im Sommer 1968 herrschte im Clubvorstand die Tendenz vor, für den Winter zentral vom Club, dem SDS und anderen Verbänden ausgerufene Kampagnen, sei es zur Mieterfrage, sei es zur NATO, sei es zum 50 -jährigen Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu organisieren und auf diese Weise den Politisierungs-Prozeß voranzutreiben. Wir wissen, daß die Mieterkampagne vorerst scheiterte, daß die NATO-Kampagne nicht stattfand und daß die groß angekündigte Winterkampagne mit dem Titel "50 Jahre Konterrevolution sind genug" einen äußerst bescheidenen Verlauf nahm. Einer populistischen Geschichtsschreibung mußte das ständige Absinken der Teilnehmerzahl an Aktionen seit dem 1. Mai 1968 als ein kontinuierlicher Niedergang revolutionärer Praxis erscheinen, zurückzuführen auf die falschen Entscheidungen einer handvoll ausgewählter politischer Führer. Das Verhältnis zu den Massen ist denn auch zutreffend als das entscheidende Kriterium für die seit dem Herbst vorigen Jahres ausgebrochenen Fraktionskämpfe beschrieben worden.

Der Versuch, den Massen die klassischen Organisationsmittel der Arbeiterbewegung hineinzudisziplinieren, kann in diesem Zusammenhang in einem Atemzug mit den Bemühungenen derer genannt werden, die die nach dem 2. Juni 1967 politisierten und mobilisierten studentischen Massen wieder an die liberal aufgeklärten, klassischen Institutionen der bürgerlichen Demokratie heranführen wollen. In beiden Versuchen kommt das nicht zur Sprache, was die treibende Kraft der Mobilisierung gewesen ist und auch heute noch ist: Das Bedürfnis nach Selbstorganisierung des Alltags und des politischen Kampfes.

Die strategische Alternative zu dieser Konzeption ist zugegebenermassen sowohl theoretisch als auch praktisch noch schwach entwickelt. Sie ist, soweit dies im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung überhaupt möglich ist, in der auf der 1. außerordentlichen Mitgliederversammlung des Clubs von Jörg Huffschmid vorgetragenen Erklärung des Vorstands umrissen worden. Sie basiert auf der These, daß allein die Selbstorganisation an der Basis, sei es in den Betrieben, sei es in den Schulen, in Behörden oder an den Universitäten, der Ausgangspunkt für den politischen Kampf sein kann. Dies nicht aus einer romantischen Verklärung der Basis, sondern aus der Erkenntnis, daß allein aus einer nicht instrumentellen Beziehung zu den Massen deren politische Einsicht und Spontaneität entwickelt werden kann. Die politische Praxis dieser Basis wird freilich nicht selten das ästhetische Gefühl derer verletzen können, die von den Massen stets dasjenige Verhalten erwarten, das ihnen die Strategen in vorangegangenen Spitzengesprächen zuweisen. Eine solche Politik wird sicher auch Fehler machen und auch schon mal merkwürdige Flugblätter hervorbringen, aber sie scheint heute die einzige Möglichkeit zu sein, die Entmündigung der Massen zu vermeiden.

Was bedeutet das für den Club? Es wäre sicherlich falsch, in der augenblicklichen Situation den Club auf die Strategie der Basisorganisation festzulegen. Dazu ist er seiner Struktur nach nicht geeignet. Er wurde als Sammelbecken der bürgerlichen und sozialistischen Linken gegründet und war in der Ära Meschkat ein wichtiges Element im Prozeß der Mobilisierung kritischen Bewußtseins, vor allem in der bürgerlichen Intelligenz. Er kann heute weder das erste noch das zweite mehr sein, insofern sind sentimentale Reminiszenzen an die Ära Meschkat und Krippendorffs in der Tat nicht mehr als Sentimentalitäten.

Wir befinden uns, was auch niemand ernstlich bestreitet, in einer Phase, in der die Bewegung Kontinuität durch Organisation zu gewinnen hat. Daß in einer solchen Phase latente politische Differenzen aufbrechen und zu Fraktionierungen führen, ist ein allzu selbstverständlicher Vorgang, als daß es lohnte, auf das Lamento jener einzugehen, zu deren stereotyper Aussage die Klage über Zwistigkeiten gehört und diese Klage auch noch als politische Aussage gewertet wissen wollen. Aus dieser Mentalität entspringt dann auch der nicht enden wollende Vorwurf der Spaltung an jene, die nicht bereit sind, sich an politischen Konstellationen einer vergangenen Phase festhalten zu lassen.

Die inhaltlichen Differenzen, festzumachen am Kriterium des Verhältnisses zur Organisation der Massen, sind jedermann deutlich. Sie müssen innerhalb und außerhalb des Clubs intensiv bearbeitet werden und können unter dieser Voraussetzung durchaus zu einer Stärkung der Opposition führen. Was ihr jedoch zweifellos schadet sind alle Versuche, diese Auseinandersetzungen zu Stilfragen zu ästhetisieren. Die Auseinandersetzung um den EXTRA-DIENST mußte dem Außenstehenden, der der Berichterstattung liberaler Mitglieder des Clubs in Zeitungen und Rundfunkanstalten glauben sollte, als eine lumpige Farce zerstrittener Brüder erscheinen, und dies um so mehr, als niemand vergaß, sich zunächst mit der Klausel zu salvieren, er teile im Prinzip die Kritik am EXTRA-DIENST. Statt sich auf die inhaltliche Diskussion und Kritik der Politik des ED einzulassen und vor allem darauf zu insistieren, daß innerhalb der oppositionellen Bewegung Kritik praktische Folgen haben müsse, wenn sie nicht in einem phrasenhaften Begriff unpraktischer Toleranz umschlagen soll, zog man sich auf Versatzstücke bürgerlicher Verfassungsideologie wie die Pressefreiheit zurück und umging mit Hilfe dieses unweigerlich hypnotisierenden Fetisches jegliche inhaltliche Diskussion.

Um in diesem Zusammenhang eines klarzustellen: niemand erhebt den Anspruch, den Redakteuren einer oppositionellen Publikation vorzuschreiben, was geschrieben und was nicht geschrieben werden soll. Es ist aber von den Redakteuren zu erwarten, daß sie als Element einer politischen Praxis einer politischen Diskussion jenes Maß an Verbindlichkeit zusprechen, welche ein doch relativ breiter Konsensus innerhalb der Opposition erwarten muß. Diesem Konsensus den Fetisch der Pressefreiheit entgegenzuhalten, ist schlicht zynisch; es ist doppelt zynisch von Seiten jener, die vorgeben, der inhaltlichen Kritik am EXTRA-DIENST zugestimmt zu haben.

Es hat heftige und "letzte" Warnungen an den Vorstand gegeben, weil eine Mitgliederversammlung einen Antrag mit dem Inhalt ablehnte, daß der Club weiterhin als Diskussionszentrum der Linken in Westberlin sein solle. Es ist bekannt, und insofern wurde die dieser letzten Warnung anhaftende Merkwürdigkeit etwas gemildert, daß auch der augenblickliche Vorstand sich gegen diese Resolution ausgesprochen hat. Uns ist nicht bekannt, ob es Böswilligkeit oder Naivität war, wenn daraufhin allenthalben verbreitet wurde, der Clubvorstand wünsche nicht mehr die allseitige Diskussion der Westberliner Linken im Club. Der Vorstand hat sich gegen diese Resolution ausgesprochen, weil er der Auffassung war, daß ein derartiger Beschluß einer Mitgliederversammlung der augenblicklichen realen politischen Situation nicht mehr gerecht werde. Denn in ihr fehlte jeglicher Hinweis und jegliche Verarbeitung der Organisationsbemühungen in den Basis-, Projekt- und ad-hoc-Gruppen. Eine Funktionsbestimmung des Clubs ohne Berücksichti-

gung dieser neuen Tendenzen erschien uns faktisch unzutreffend und politisch äußerst unerwünscht.

Ohne dem neuen Vorstand vorgreifen zu wollen haben unsere Diskussionen in den letzten Wochen ergeben, daß der Club seine ihm ursprünglich zugewiesene Funktion den gekennzeichneten neuen Entwicklungen anpassen und für eine bestimmte Gruppe innerhalb der APO weiterhin eine organisierende Funktion wahrnehmen sollte. Der Club sollte die Aufgabe übernehmen, als Kontaktstelle zwischen Basis-, Projekt- und ad-hoc-Gruppen und den außerhalb dieser Gruppen Arbeitenden zu dienen, einschließlich derer, die in den Institutionen arbeiten. Wenn wir die Vorstellung aufgeben, als könnte der Club ein Instrument der Kontrolle und Disziplinierung der Politik der APO sein, so wird sich auch die ganze Sinnlosigkeit des immer wieder auftauchenden Verlangens nach Distanzierungen von bestimmten Aktionen offenbaren. Der Club sollte vielmehr in richtiger Erkenntnis seiner politischen Möglichkeiten seine primäre Aufgabe darin sehen, die Arbeit der Basis-, Projekt- und ad-hoc-Gruppen mit denjenigen zu diskutieren, die in diesen Gruppen nicht aktiv mitarbeiten, gleichwohl aber zu jenem diffusen Bereich der APO gehören und unter Umständen durch ihre Unterstützung der Arbeit jener Gruppen in den Institutionen auf ihre Weise der Stabilisierung der neuen Phase, in der wir uns befinden, zu dienen vermögen.

Da im übrigen keineswegs ausgeschlossen werden kann und darf, daß auch diese nicht in den Basis-, Projekt- und ad-hoc-Gruppen organisierten Personen Praxis und Aktionsvorstellungen und Wünsche haben, bedeutet diese Funktion keineswegs eine Rückkehr zum linken Diskussionszentrum, das Modelle einer neuen Politik und neuer Gesetze hervorbringt, im Übrigen aber praxis- und folgenlos bleibt - wenn man einmal von der Pflege der linken Atmosphäre absieht.

Die Verwirklichung einer solchen Aufgabe würde in der Tat den Abschied vom Club als Sammelbecken aller linken Kräfte Westberlins bedeuten; sie könnte ihm gleichwohl in der neuen politischen und organisatorischen Situation, in der wir uns befinden, eine ähnliche Funktion geben, wie sie ihm ursprünglich zugedacht war: die Funktion der theoretischen und praktischen Vermittlung der Aktivgruppen mit der übrigen linken Öffentlichkeit. Wenn wir solchermaßen daran gehen, dem Club eine bestimmte politische Funktion innerhalb der APO zu geben, dann wird sich bald noch deutlicher und jedermann bewußter zeigen, daß die Konstruktion des Clubs als bürgerlicher Verein mit einer strikt nach außen unterscheidbaren Vereinssphäre einer neuen Struktur zu weichen hätte, in der die Versammlung arbeitender Gruppen eine von der Mitgliederversammlung unterscheidbare Cluböffentlichkeit herstellen. Wie bald dies geschehen kann, wird von der Aktivität der Mitglieder abhängen.

Ulrich K. Preuß

Republikanischer Club e.V., 1 Berlin 15, Wielandstraße 27 - 883 40 75

Übersicht über
Einnahmen und Ausgaben vom 1. März 1968 bis 28. Februar 1969

I. Einnahmen

		monatlich ca.
1. Mitgliedsbeiträge	DM 57.025,--	DM 4.750,--
2. Gastkarten	DM 1.050,--	
3. Spenden	DM 18.926,95	
4. Buch- und Fernsehhonorare	DM 1.228,--	
5. Umsatzsteuerrückzahlung	DM 161,25	
6. Saldo Durchlaufende Posten (noch nicht weitergeleitete eingegangene Zahlungen)	DM 161,50	
	DM 78.552,70	

II. Ausgaben

1. Pacht, Hausmeister, Fahrstuhl	DM 20.970,--	DM 1.747,--
2. Mehrwertsteuer	DM 291,36	
3. Büromaschinen (Abzugsmaschine)	DM 1.090,90	
4. Gehälter, einschl. soziale Abgaben, Lohn- und Kirchensteuer, Lohnsummensteuer, Aushilfslöhne	DM 27.365,95	DM 2.280,--
5. Berufsgenossenschaft	DM 326,--	
6. Rechts- und Beratungskosten	DM 3.443,40	DM 280,--
7. Spenden, geleistet vom RC für verschiedene Basisgruppen, FNL, Sternfahrt, Pariser Mai, Basis-Gruppenseminar, etc.	DM 3.503,10	
8. Porto, Telefon	DM 9.745,20	DM 812,--
9. Büromaterial, Zeitungen, Fahrgelder, allgem. Bürounkosten	DM 6.024,95	DM 502,--
10. Besondere Kosten von Veranstaltungen, Bewirtungsspesen, Fahrkosten zu Tagungen, etc.	DM 2.761,77	DM 230,--
11. Kosten des Geldverkehrs	DM 142,99	DM 12,--
12. Broschüren (Zuzahlung bzw. Vorfinanzierungen des RC vom 1.3.68 bis 28.2.69)	DM 1.954,08	
13. Darlehensrückzahlung (1.081,--) bzw. Darlehenszahlungen des RC (400,--)	DM 1,481,--	
14. Verrechnungskonto GmbH (Mehrzahlung des e.V. an GmbH)	DM 2.648,95	
15. Verrechnungskonto EXTRA-DIENST Zuzahlung des e.V. für Abos (252,-) ./. Guthaben ED beim e.V. (30,-)	222,--	
	DM 81.971,65	

III. Finanzkonten

Bestand per 1.3.1968:	Kasse	DM 509,45		
	Postsch.	DM 3.893,45		
	Bank,	DM 978,20	=	DM 5.372,10
Bestand per 28.2.69:	Kasse	DM 4,80		
	Postsch.	DM 341,50		
	Bank	DM 1.514,59	=	DM 1.860,89
Mehrbestand am 1.3.1968:				DM 3.511,21

Summe der Einnahmen:	DM 78.552,70
./. Summe der Ausgaben:	DM 81.971,65
Mehrausgaben:	DM 3,418,95
Differenz zu Mehrbestand vom 1.3.1968	DM 92,26
	DM 3.511,21

Die Differenz von DM 92,26 ist wahrscheinlich auf eine bzw. mehrere Umbuchungen innerhalb des geprüften Zeitraumes zurückzuführen, für die der Geldeingang bzw. -ausgang vor oder nach der vorliegenden Finanzperiode erfolgte. Bei den Jahresabschlüssen 1968 bzw. 1969 wird diese Differenz wieder ausgeglichen.

Berlin, den 24. März 1969

Dieser Bericht wurde geprüft und für richtig befunden:

gez.: Erika Seidel

gez.: Bernd Jansen

gez.: Günther Schwemmer

das durch die Bundesversammlung in Berlin und die damit verbundenen politischen Spannungen gerade erhöht wird.

Das praktische ökonomische und damit auch politische Ende Westberlins kann nur verhindert werden, wenn die politischen Spannungen abgebaut werden. Das wissen die klügeren Politiker in Ost und West ganz genau, und auch der amerikanische Präsident hat letzte Woche in Berlin ganz klar zu verstehen gegeben, daß er entschlossen ist, den Entspannungs- und Verhandlungskurs zu steuern.

Für uns lautet aber die Frage: Wie wird eine solche Entspannung aussehen und welche Folgen würde sie haben.

Genossen, wir kennen die Pläne für einen auszuhandelnden neuen Berlin-Status, wie sie von Zeit zu Zeit von Westberliner Gruppen und vorsichtiger formuliert auch von Ostberlin auf den Tisch gelegt werden. Einige Punkte sind allen diesen Plänen gemeinsam, nämlich

1. der neue Status wird in Spitzengesprächen zwischen beiden Seiten ausgehandelt ohne daß die Massen überhaupt gefragt werden,
2. am gesellschaftspolitischen Status Westberlins als kapitalistischer Insel im Meer der sozialistischen Staaten ändert sich nichts. Dieser Status wird auch von den sozialistischen Verhandlungspartnern garantiert;
3. An der Integration Westberlins in das Währungs-, Wirtschafts-, Finanz- und in das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland wird nichts geändert, diese Westintegration wird im übrigen ergänzt durch die handelspolitische Ostintegration, die für beide Seiten nützlich ist.

Genossen, was bedeutet ein Berlin-Status auf der Grundlage dieser drei Punkte? Er bedeutet, daß Westberlin als nützlicher Brückenkopf zwischen zwei friedlich koexistierenden, wenn auch gegensätzlichen gesellschaftspolitischen Systemen etabliert wird. Es bedeutet, daß sich an der Tatsache der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten nichts ändert, ja daß diese Ausbeutung nur wirksamer gemacht und stabilisiert wird, da die Aussenhandelsinteressen der sozialistischen Volksrepubliken die Absatz- und die Gewinnerwartungen der Unternehmer stützen. Es bedeutet aber vor allem, daß die Regierungen auf beiden Seiten nicht interessiert sind an einer breiten sozialistischen Massenbewegung, daß sie im Gegenteil diese breite Massenbewegung in Westberlin hinderlich finden und verhindern werden. Zu der faschistischen Unterdrückung des spätkapitalistischen Systems tritt so noch der disziplinierende Druck ehemals sozialistischer Parteien, die in Wahrheit an einer sozialistischen Veränderung in Westberlin nicht mehr interessiert sein können.

Genossen, wenn das die Perspektive für die Zukunft Westberlins ist, die die revisionistischen Gruppen in Ost- und Westberlin anzubieten haben - und ihre Äußerung auch gegenüber den antiautoritären Gruppen in dieser Stadt lassen keinen Zweifel daran, daß es wirklich ihre Perspektive ist - dann muß es einsichtig sein, daß der Kampf dieser Gruppen und unsere Bewegung zwei verschiedene Dinge sind. Unser Kampf in dieser Stadt ist der Kampf gegen den Spätkapitalismus, dessen Existenz hier überhaupt nur noch mühsam simuliert werden kann. Dieser Kampf ist nicht auf Verhandlung und auf schließliche Wiederbelebung

dieses Systems ausgerichtet, sondern auf Denunziation und schließliche Abschaffung dieses Systems durch die, die von ihm gegenwärtig noch beherrscht werden. Wir wissen, daß wir dabei gegen eine Maschinerie von Repression und Manipulation kämpfen, die augenblicklich noch stärker ist als wir und unsere Erfolge verschweigen kann. Wir wissen aber auch, daß wir den Anfang bereits gemacht haben und daß wir, ob die bürgerliche und sonstige Presse das nun wahrhaben will oder nicht, auch bereits Erfolge erzielt haben, Erfolge vor allem bei denen, die als Schüler, Lehrlinge, Jungarbeiter oder Studenten begriffen haben, daß es notwendig ist, selbst zu tun, was politisch sinnvoll ist. Daß es notwendig ist, die Politik der Spitzengespräche zwischen Spitzenfunktionären zu ersetzen durch eine Politik der Massenmobilisierung. Daß es notwendig ist, die Politik der Fremdbestimmung durch Herrschaftsverbände zu ersetzen durch eine Politik der Selbstbestimmung durch die Massen.

Genossen, noch verhalten sich die Kapitalisten irrational gegenüber sich selbst, noch meinen sie es sich leisten zu können, auf Verhandlungen zu verzichten oder sie scheitern zu lassen. Noch meinen sie, Bundesversammlungen in Berlin abhalten zu können. Nutzen wir die Zeit, bevor sie ihre eigenen Notwendigkeiten erkennen. Nutzen wir die Zeit zu weiterer Basismobilisierung, nutzen wir sie um durch militante Aktionen unseren Widerstandswillen zu bekunden und den Wiederstandswillen der Massen zu wecken. Nutzen wir die Zeit, um zu verhindern, daß sich die Mauschelpolitiker in West und Ost auf unserem Rücken und zu unseren Lasten endgültig einigen."

2. Rudi Keller bat uns, seine Gedanken zur Strategie den Mitgliedern vorzustellen:

"Beachtenswerte Grundsätze der Strategie.
Die Strategiedebatte innerhalb der APO hat nur dann einen Sinn, wenn jeder Beteiligte die Grundsätze oder Grundregeln kennt und beherrscht.

1. Eine erfolgreiche Verwendung der Aktionen zum Zwecke des Kampfes setzt nicht nur das Erkennen und Einordnen der eigenen Stärken bzw. Schwächen voraus, sondern auch die des Gegners. Dieses Verhältnis zueinander bestimmt den Stellenwert im eigenen strategischen Konzept.

2. Die Voraussetzung dazu kann technisch nur von einem personell kleinen Gremium erfolgreich gemeistert werden. Dieses Gremium braucht dazu unbedingt einen Nachrichtenapparat, der über die Resonanz in der Bevölkerung oder den betroffenen Personenkreis objektiv und schnell berichtet.

3. Der Doppelcharakter des Wie (können wir den Gegner dazu bringen, das zu tun, was wir wollen und gleichzeitig dafür bestimmte Personenkreise zu mobilisieren) setzt sehr sorgfältige Überlegungen bei der Festlegung des Kampfziels voraus.
Kampfziele aufstellen, die nicht im Einklang mit den vorhandenen Möglichkeiten, diese zu praktizieren stehen, ist unbrauchbar und wertlos.

4. Diese Daueranalyse der eigenen Kräfte, sowie das Abtasten des Gegners auf schwache Stellen, läuft darauf hinaus, die komplexen Erscheinungen unserer Umwelt in der richtigen Relation zu erkennen.

5. Grundsätzlich erfolgt der Angriff auf den Gegner immer auf seine schwächste Stelle, wobei die eigenen Kräfte konzentriert eingesetzt werden.
   Das Zurückhalten der sogenannten strategischen Reserve dient dazu, im Falle eines Mißerfolges ein Ausweichziel (politisch) anzugreifen, um über dieses doch noch zum Erfolg zu kommen.

Schon diese wenigen Punkte zeigen (es gibt davon noch viel mehr) welche Kenntnisse ein APO-Stratege braucht, um überhaupt zum Zuge zu kommen. Sollte es nicht möglich sein, die organisaotrischen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, ist es besser, den Begriff Strategie in der APO-Terminologie zu streichen.

Dann bleibt es dabei wie gehabt, wir sind nur Taktiker und müssen auf die strategischen Erfolge verzichten. Zum Beispiel 18. und 21. Februar 1968, Oster 1968, 1. Mai 1968, Notstandsgesetze 1968.
Wie wurden diese großen Erfolge der APO von der APO zumZwecke des Kampfes verwendet?
Die Strategie ermöglicht erst den Umschlag der Quantität zur höheren Qualität. Hier liegt das Geheimnis der Mißerfolge."

3. Dietrich Wedepohl brachte folgenden Beitrag mit dem Thema "Distanzierung"

"Zum Wesen autoritärer Persönlichkeitsstrukturen dürfte es gehören, daß sie, mit den Realitäten konfrontiert, sich diesen Realitäten nicht stellen. Man kann in gewisser Weise seine Bewunderung nicht verheimlichen, welche Findigkeit solche Menschen entwickeln, um sich dem zu entziehen, dem sie sich eigentlich stellen müßten. Da kommt also ein Gremium von Menschen zusammen, die außerhalb des Republikanischen Clubs, und nur durch mehr oder minder pünktliche Beitragszahlung legitimiert, darüber grollen, daß sie, die selbst einem bürgerlichen Parlamentarismus verpflichtet zu sein scheinen, mit bestimmten Intentionen bei einer bestimmten Gelegenheit - Mitgliederversammlungen des Republikanischen Clubs - demokratisch und parlamentarisch überstimmt worden sind und stoßen "letzte" Warnungen aus (wann erfolgte die erste?), maßen sich gewissermaßen polizeiliche Ordnungs- und Kontrollfunktionen an, - denn das impliziert ja ein solches Vorgehen - und kommen dann massenhaft nicht, wenn man sie um eine klärende Diskussion bittet. Die Variationsbreite der Entschuldigungen, soweit sie überhaupt erfolgt sind, reicht von "keine Zeit" (wichtige Persönlichkeit und sehr begehrt) bis "keine Lust". Die wenigen, die sich stellen, reflektieren ihre Informationen aus Springers WELT, dem Blatt für das Bildungsbürgertum, kennen das, was sie zunächst explizit zum Gegenstand ihrer Warnung gemacht haben, nur vom Hörensagen und lassen sich von einer Gruppe unterstützen, die mit etwa dem bürgerlichen Sicherheitsbedürfnis Geschmack an einer traditionellen kommunistischen Partei gefunden hat, wie andere Bürger zum Katholizismus konvertieren, die ihrerseits grollen, daß eine vor- und unzeitige "Machtübernahme" und Usurpierung der Denomination "Republikanischer Club Berlin" durch taktische und strategische Fehler mißlungen ist.

Man fragt sich betroffen: Was hat das eigentlich noch mit Sozialismus, was mit Außerparlamentarischer Opposition zu tun? Wird hier etwa an denkbar ungeeigneter Stelle der Nachholbedarf an bürgerlicher Vereinsmeierei befriedigt? Hat man je Tucholsky's Glosse "Die kleinen Parla-

mente"gelesen und - gegebenenfalls - selbstkritisch auf sich bezogen?

Daran, an diesen Fragen, ändert auch die Verwendung von Reizworten wie "Konsensus" und "Solidarität" nichts. Man ist noch nicht dadurch qualifiziert, Effektives zur Veränderung der Gesellschaft zu leisten, daß man diese Worte in ihrer begrifflichen Definition richtig verwendet und sie ohne Schwierigkeiten artikulieren kann. Die Gegenseite befindet sich nahezu in der Situation, die Wolfgang Fritz Haug in seiner Kritik an Reimut Reiches Buch "Sexualität und Klassenkampf" kennzeichnet: "So ähnlich mögen im christlichen Feudalismus die lateinischen Worte von Pfaffen im Ohr der Bauern geklungen haben, die immer nur Hokuspokus verstanden." In der Tat: Das ist bürgerlicher Hokuspokus, der nur Eitelkeiten und Egoismen reproduziert, der einen Katalog von prominenten Namen für persönliche Intentionen usurpiert.

Distanz heißt Abstand, Distanzierung heißt Abstand gewinnen. Wenn man mit der Nase auf eine Sache gestoßen wird, hat man von dieser Sache keinen Abstand, wenn man mit einer offensichtlichen Informationslücke die Nase in Angelegenheiten steckt, von denen man nur durch kontinuierliche, effektive Mitwirkung letzten Endes informiert sein kann, auch nicht. Schade um die Nase, schade um die Sache, schade um die gutwillig Ahnungslosen, die ihren Namen für so etwas hergeben. Das etwa ist das Fazit des gegenwärtigen Standes der Diskussionen. Und es belustigt eher als es betrübt, daß nun ausgerechnet diese Leute in der Gegend herumfuchteln und "Distanzierung" von Ereignissen verlangen, die sich noch garnicht zugetragen haben. Eine solche Distanzierung ist keine Distanzierung, sondern Verdrängung. Und man muß sich mit Nachdruck weigern, mögliche Entwicklungen schon zu verdrängen, bevor sie überhaupt eingetreten sind. Genau das haben "Die Achtzehn" (von denen vierzehn sich nicht der Diskussion stellten) von Vorstand und Delegiertenrat des Republikanischen Clubs verlangt. Wo ist daraus zu lernen? Daß wir noch einen langen Weg vor uns haben, bis wir unsere bürgerlichen Verhaltensmechanismen so weit hinter uns gelassen haben, daß man mit Recht sagen kann: Man ist antiautoritär, man ist revolutionär. So lange aber werden wir uns wohl in der Außerparlamentarischen Opposition so zu einander verhalten müssen wir die Partner in einer missen Ehe: Wegen der Kinder bleibt man dann eben doch zusammen."

Auf seiner ersten Vorstandssitzung am Samstag, den 29. März 1969 hat der neue Vorstand Solveig Ehrler und Peter Sörgel zu den stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Vorstandssitzung ist jeweils Samstag, 11 Uhr und künftig clubintern öffentlich.

In der Frankfurter Rundschau war zu lesen, daß aufgrund einer Emnid-Umfrage "fast 70 Prozent der befragten Jugendlichen über die Demonstrationen urteilten" und "ihre Teilnehmer damit die demokratische Ordnung verteidigen wollten". 14 % glaubten an eine revolutionäre Absicht. Gängige Formulierungen der Zustimmenden lauteten: "Berechtigte Kritik an den Mißständen in unserem Staatswesen - es geht den Demonstranten um ein besseres Bildungssystem - sie beweisen demokratisches Verantwortungsbewußtsein - ... es ist ein Aufstand gegen die überalterte Gesellschaft." Den Waffendienst verweigern wollen lt. Emnid 9 % (1965: 2 %). 25 % wollen ihn umgehen (1965: 11 %). 1965 gaben 9 % als Ideal "Einsatz für Volk und Vaterland" an, jetzt nur noch 2 %.

Aus den Arbeitskreisen

Die Berufsbasisgruppe Regionalplanung im Republikanischen Club sowie das Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit in Berlin-Kreuzberg baten uns, den GRÜNDUNGSAUFRUF der Fördergesellschaft Regionalplanung, der bereits in der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ 4/1969 abgedruckt war, auch den Mitgliedern des RC bekanntzugeben:

"Der Westberliner Senat will gemäß der Regierungserklärung von 1963 in den ehemals proletarischen Stadtteilen die objektiven Disparitäten (vernachlässigte Wohnbausubstanz, Unterversorgung mit Sozialeinrichtungen im vorhandenen Raumprogramm u.ä. Mängel) spektakulär abbauen. Diese Strategie erlaubt aber gleichzeitig neben den erst eingeleiteten Sanierungsprogrammen mit Durchführung des Weißen Kreises die sog. Chancengleichheit der Individuen auf den verschiedenen Märkten vorab als gegeben zu unterstellen. Angesichts dieser Situation erhält der Kampf um emanzipatorische Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtgebieten allgemein-politische Relevanz: Nicht nur werden die innerbetrieblichen Kriterien der Lohnfindung bei den absehbaren und angekündigten allgemeinen Steigerungen des Mietzinses zunehmend fragwürdiger; das Bündnis mit den vorherrschenden Profitinteressen läßt zudem die Chance eines planvollen Umbaues der sozialen Infrastruktur nach Maßgabe autonom-demokratischer Bedarfsbestimmung verfallen zugunsten einer kurzatmigen Krisen-Vermeidungs-Strategie auf dem Bausektor: Hinter der Fassade sozialpolitisch progressiver Stadterneuerung wird in Wirklichkeit mit der lokalen Umschichtung von Bevölkerung als solcher Nachfrage mobilisiert und das Angebot rigoros verknappt.

In dieser allgemeinen Situation ist die kritische Intelligenz darauf verwiesen, Gegenstrategien aus der Perspektive der von System-Konflikten betroffenen Gruppen zu entwickeln und die Bedingungen einer aufgeklärten Öffentlichkeit herzustellen, die geeignet sind, organisatorische Kerne zunehmender Selbstverwaltung in Schulen, Hochschulen und Betrieben sich bilden zu lassen.

Die Berufsbasisgruppe Regionalplanung im Republikanischen Club stellt sich die Aufgabe, Ansätze zur Formulierung von Gegenstrategien in der Regionalplanung zu koordinieren.
Für einen solchen Ansatz stehen die begonnenen Aktivitäten des Büros für Stadtsanierung und soziale Arbeit in Berlin-Kreuzberg.

Eine doppelte technische Rationalisierung ist im nordöstlichen Teil von Kreuzberg für ein Gebiet geplant, das annähernd denselben Umfang hat wie das Paradebeispiel des Senats für Stadterneuerung im Berliner Wedding:

- Von 16.000 Wohnungen, die Anfang der sechziger Jahre gezählt wurden, gelten nach Auffassung der Bauverwaltung nur 3 % als erhaltenswert;
- Älteren Plänen zufolge soll innerhalb desselben Gebietes eine Stadtautobahn über eine Folge von parkähnlichen Alleen gelegt werden;
- In einem aufwendigen Kreuzungsbauwerk soll die Südtangente kurz vor der Sektorengrenze mit der Osttangente verbunden werden.

Der abenteuerliche Aspekt der Planungen für Kreuzberg-Nord ist symptomatisch vorfindlich an dem definitiv beschlossenen Abriß eines konfessionell geleiteten Krankenhauses, das besonders für langfristige Behandlungen etwa in der Altersheilkunde geeignet ist (die bei der demografischen Entwicklung Westberlins besondere Bedeutung erhält): Das

Kuratorium des Krankenhauses schlug aus der Sanierung vermeintlich das beste heraus, indem es Eigentümer des Grundstücks blieb und die aus der Wohnbebauung zu erwartenden Miet-Einnahmen für Renten verwendet, die den zur Ruhe gesetzten Schwestern gezahlt werden soll. An der Entscheidung der Senatsverwaltung, die vergleichsweise niedrigen Zuschüsse für den Betrieb des Krankenhauses vollend einzustellen, sind ebenso betriebswirtschaftliche Irrationalität nachweisbar - vor wenigen Jahren wurden mehrere Millionen DM für Modernisierungen investiert -, wie der Einspruch der Ärztekammer und bezirklicher Medizinalbehörden, letztlich auch der Bauhistoriker auf die Erfordernisse der Versorgungslage der Bevölkerung verweist. Umso aufschlußreicher wird es vermutlich sein, die politische Logik der Entscheidung der Bürokratie, die den Abriß von Bethanien für Juni 1970 vorsieht, gegen sie nutzbar zu machen: Gegenüber den Widerständen, die der Stadtsanierung in Kreuzberg von Seiten des Kleingewerbes geboten werden, hat man ersichtlich eine schwächere Gruppe eingekauft, um ein Identifikations-Symbol der Bevölkerung zu treffen und ihren Widerstand zu brechen. Je mehr diese Kalkulation zutrifft, desto erfolgreicher wird auch die Umkehrung derselben Rechnung. Der Identifikationswert von Bethanien wird zum Symbol für den Widerstand werden, den eine Arbeiterbevölkerung der unteren Ränge gegen ihre außerbetriebliche U m s e t z u n g leisten kann.

Wie Bauplaner des Senats offen erklären, gehen in die Planung der Sanierung nicht die Interessen der Bewohner ein, die heute in dem Gebiet zwischen Prinzenstraße und Lausitzer Platz leben: Schon der Mietpreis sorge dafür, daß besser gestellte Gruppen in Zukunft dort wohnen werden. Vom Standpunkt der Senatsverwaltung ist es daher erklärlich, daß ein technisches Gutachten über Sanitärzellen aus Kunststoff verweigert wurde, die als Übergangslösung an den Gebäuden in Sanierungsgebieten - die Gebiete der zweiten Stufe werden vom Regionalforschungsinstitut DATUM, Bad Godesberg, zur Zeit errechnet - angebracht werden könnten. Die Sinnfälligkeit dieser Einrichtung wird von den Betroffenen vermutlich gesehen: Wenn schon die Verhältnisse als so schlecht gelten, daß man in größeren Arealen den Abriß von Häusern plant, dann dürfte nichts unversucht bleiben, was die Lage derjenigen zu verbessern geeignet ist, die noch einige Jahre unter denselben Bedingungen leben werden wie die bereits Exmittierten (jährliche Sanierungsquote: höchstens 5.000 Wohnungen gegenüber 300.000 sanierungsbedürftigen Wohnungen, die kein Bad haben).

Das Büro für STADTSANIERUNG und SOZIALE ARBEIT wird in der nächsten Ausgabe des WOHN-INFO die technischen und ökonomischen Details des Sanitärzellen-Vorschlags darstellen, der mit einer Zusammenlegung von Kleinwohnungen am ökonomischsten durchzuführen ist; sowie im Zusammenhang mit den Mieterhöhungen für Sozialwohnungen der ersten beiden Bauprogramme die Finanzierungspraktiken, die den Mietpreis im sozialen Wohnungsbau der letzten Jahre bedingen; und die Spekulationen, die den Abriß des Bethanien-Krankenhauses erforderlich machen.

Das Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit verbreitet das Wohn-Info mit Postwurfsendungen, plant Diskussionen in Kleingruppen, Umfragen und öffentliche Versammlungen mit den Bewohnern des Planungsgebietes, um die Demokratisierung im Planungsprozeß voranzutreiben.

Als Beitrag zur theoretischen Aufarbeitung der Problematik von Wohnungspolitik, Stadtsanierung und Bodeneigentum gibt das Büro für

Stadtsanierung und soziale Arbeit einen Sammelband heraus, der Vorträge von Professor Werner Hofmann (Marburg), Professor Elisabeth Pfeil (Hamburg) sowie Aufsätze von Herbert J. Gans, Nathan Glazer, Karl-Heinz Walper, Joachim Schlandt u.a. enthält.

Das Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit besteht bislang aus: Assistenten und Studenten der Architektur, der Soziologie u.a. Disziplinen sowie Sozialarbeitern. Speziell für die Ausarbeitung von architektonischen Gegenvorschlägen, sonst auch für Versammlungen und Beratungen werden die Fabrikräume in der Wrangelstraße benutzt. Für kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit wird außerdem zur Zeit ein zentral gelegener Laden eingerichtet (Naunynstraße/Ecke Oranienplatz).

Für unsere Arbeit ist die MITARBEIT oder BERATUNG durch Angehörige weiterer Berufsgruppen dringend erwünscht: Pädagogen und Bildungsforscher, die sich mit den Auswirkungen der Wohnsituation von Arbeiterfamilien und der Einstellung von Eltern auf die Emanzipationschancen ihrer Kinder praktisch befassen oder die sich mit der Schulbauplanung und Experimental-Schulprogrammen beschäftigen; Juristen die bei der Organisation des Widerstandes gegen Mietpreiserhöhungen und Exmittierungen helfen (im Zusammenhang mit dem ROTEN KREIS); Mediziner, Psychologen, Theologie-Studenten, die in emanzipatorischen Beratungsstellen mitarbeiten oder auf die bestehenden Sozialhilfe-Institutionen (Gesundheitsämter, Kirchengemeinden, Jugendclubs, Krankenhäuser) einwirken wollen.

Die Berufsbasisgruppe Regionalplanung fordert zur Unterstützung des Büros für Stadtsanierung und soziale Arbeit auf. Sie gründet zu diesem Zweck eine FÖRDERGESELLSCHAFT REGIONALPLAN, deren Mitglieder über die Verwendung sämtlicher zur Verfügung gestellter Mittel Rechenschaft verlangen und den Verwendungszweck ändern können.

Zur Information:

WOHN-INFO. Informationen zur Wohnungs- und Baupolitik wird vom Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit herausgegeben. Die erste Ausgabe erschien zum 1. Januar 1969 anläßlich der Auflösung der lokalen Wohnungsämter. Sie wurde in einer Auflage von 10.000 Exemplaren im Sanierungsgebiet Kreuzberg verteilt.

Materialien zur Mieter-Agitation (vergriffen)
J. Schlandt und R. Czeskleba: Wohungspolitik im Wien der zwanziger Jahre und in Westberlin. Ein Beispiel für die Kapitulation der Sozialdemokratie; 2. Auflage, Berlin 1968.

Berufsbasisgruppe Regionalplanung im RC Berlin sowie Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit, 1 Berlin 36, Wrangelstraße 5 und Naunynstraße 48, Tel. 61 30 02.

Abschließend möchten wir noch bemerken, daß am 24. März 19696 im Republikanischen Club eine Informations-Veranstaltung stattgefunden hat.
Es wurde für Mittwoch, den 26. März 1969 in Berlin-Kreuzberg eine Protest-Versammlung gegen den vorgesehenen (Teil-)Abriß des Bethanienkrankenhauses, gegen Grundstücks-Spekulation und Mieterhöhungen geplant. Zu diesem Termin soll die zweite Ausgabe des WOHN-INFO erscheinen und im Sanierungsgebiet verteilt werden. Als Erfolgskontrolle sind Gruppendiskussionen mit Bewohnern des Gebietes geplant.- Über Durchführung und Erfolg der geplanten Aktionen lag zum Redaktionsschluß des BULLETINS noch nichts vor.

IV. Veranstaltungskalender

1. Woche vom Mittwoch, 2. April 1969 - Dienstag, 8. April 1969

Mittwoch, den 2. April 1969 - 20 Uhr
IMPERIALISTISCHE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DER 3. WELT
Diskussion mit Eberhard WITTE, Hans WIENECKE und Norbert SCHÖPE von der ad-hoc-Gruppe 3. Welt des Beethoven-Gymnasiums.

Donnerstag, den 3. April 1969 - 20 Uhr
PSYCHOANALYSE UND GESELLSCHAFT - Diskussion mit Hubert BACIA.

Freitag, den 4. April 1969 - 20 Uhr
IST EIN SOZIALISTISCHES WESTBERLIN NACH DEN VORSTELLUNGEN DER APO MÖGLICH? OSTINTEGRATION: JA ODER NEIN?
Diskussion mit Roland REICHWEIN, Horst MAHLER, Martin SCHMIDT u.a.

Samstag, den 5. April und Sonntag, den 6. April 1969 ist der Club geschlossen.
Montag, den 7. April ist geöffnet.

2. Woche vom Mittwoch, den 9. April - Dienstag, 15. April 1969

Donnerstag, den 10. April 1969 - 20 Uhr
SITUATION DER BAYERISCHEN APO - ÜBER DIE INFORMATIONSPOLITIK DER MÜNCHENER APO-PRESS - Diskussion mit Helmut MARINGER, Renate MEISENHEIMER, Hans-Werner TÜRK, Christian BEIERSDORF vom Redaktionskollektiv der APO-PRESS.

Freitag, den 11. April 1969 - 20 Uhr
AUTORITÄRE TENDENZEN IN DER JÜNGSTEN RECHTSPRECHUNG UND GESETZGEBUNG - Diskussion mit Rechtsanwalt Otto SCHILY.

Montag, den 14. April 1969 - 20 Uhr
Prof. Victor PASCHKIS (Philadelphia) ETHIK IM ZEITALTER TECHNOLOGISCHER VERÄNDERUNGEN.

Veranstaltungsvorschau

Mittwoch, den 16. April 1969 - 20 Uhr
BILANZ UND PERSPEKTIVEN DER JUSTIZ-KAMPAGNE - Diskussion mit Vertretern des ERMITTUNGSAUSSCHUSSES.

Montag, den 21. April 1969 - 20 Uhr
DAS POLITISCHE KONZEPT DER FDJ-W. Diskussion mit Peter Volker JUNG und Walter Rudert.

Donnerstag, den 17. April 1969 - 20 Uhr
ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER UNABHÄNGIGEN SOZIALISTISCHEN LINKEN IN FRANKREICH SEIT MAI 1968.

Mittwoch, den 23. April 1969 - 20 Uhr
BETRIEBSPOLITIK DER SEW - Vorbereitung zum 1. MAI. Diskussion mit Horst SCHMITT (SEW).